



Nordrhein-Westfalen

Besser wählen: Auf Initiative von Mehr Demokratie beschließen CDU und FDP nach ihrem Sieg bei der Landtagswahl, Kumulieren und Panaschieren bei Kommunalwahlen einzuführen.

Faire Bürgerentscheide: Mehr Demokratie berät Städte und Gemeinden bei der Regelung bürgerfreundlicher Abstimmungsbedingungen.

Zahlreiche Initiativen finden Hilfe bei der Planung und Durchführung ihrer Bürgerbegehren.

Mit einer intensiven Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sorgt Mehr Demokratie für eine ständige Präsenz von Demokratiethematen in den Medien.

Rheinland-Pfalz

Mehr Demokratie bekommt Zuwachs. Im November gründet sich in Rheinland-Pfalz der zehnte Mehr-Demokratie-Landesverband.

Schleswig-Holstein

Der Landesverband organisiert regelmäßige Unterschriftensammlungen und beteiligte sich an den Aktionen zur Bundestagswahl.

Der Landesverband berät Initiativen bei der Planung von Bürgerbegehren.

Thüringen

Am 5. Juli werden auf einem Symposium die Eckpunkte für eine Reform von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid abgesteckt.

Am 10. November berät der Erfurter Landtag einen Gesetzentwurf für faire Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, den das Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ gemeinsam mit den Oppositionsfraktionen ausgearbeitet hat.

Bitte vormerken: Termine 2006

Direkte Demokratie in Europa
Internationale Tagung
27.-28. Januar, Berlin

Direkte Demokratie in der Schweiz
(Ausflug zur Landsgemeinde)
28.-30. April, Appenzell

Mitgliederversammlung
13. Mai, Kassel

Jahrestagung
23.-25. Juni, Eisenach

Jahressitzung des Kuratoriums
15.-16. September, Eisenach

Mitgliederversammlung
14. Oktober, Kassel

Änderungen Vorbehalten!
Informationen unter Tel. 089-8211774
Weitere Termine: www.mehr-demokratie.de/termine

JAHRESBERICHT Mehr Demokratie 2005

Liebe Mitglieder und Förderer, liebe Freunde und Interessenten,

ein politisch ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Licht und Schatten, Erfolg und Misserfolg lagen manchmal dicht beieinander. Hauptthema im ersten Halbjahr war die europäische Verfassung. Die Philosophin Hannah Arendt hat einmal geschrieben, das Volk habe der Regierung eine Verfassung zu geben, nicht die Regierung dem Volk. Genau darum drehte sich die Diskussion. In vielen Ländern wurde die Verfassung dem Volk vorgelegt, nicht in Deutschland. Aber mit dem Nein der Bürger in Frankreich und den Niederlanden muss es nun einen zweiten Anlauf geben.

Überraschend kam dann die vorgezogene Bundestagswahl. Trotzdem ist es gelungen, einen Meilenstein zu setzen: Die Internetplattform Kandidatenwatch war etwas ganz Neues in einem Wahlkampf. Zum ersten Mal konnten Wählerinnen und Wähler sich direkt einmischen und mit den Kandidaten der Parteien online diskutieren.

In Berlin konnten wir in diesem Jahr die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in den Bezirken der Stadt feiern. Damit gibt es nun in allen Ländern die direkte Demokratie auf Gemeindeebene.

Im Jahr 2006 wartet viel Arbeit auf uns: In Hamburg müssen wir unsere ganze Kraft aufwenden, damit die Bürgerbeteiligung nicht von der Landesregierung demontiert wird. In Baden-Württemberg und Thüringen sind Initiativen gestartet, mit denen die direkte Demokratie auf kommunaler Ebene reformiert werden soll.

Wir hoffen, dass Sie uns auch 2006 treu bleiben, uns und die direkte Demokratie unterstützen.

Herzlich grüßt Sie Ihre

Claudine Nierth
Claudine Nierth
Vorstandssprecherin



Schwarze Schafe im Bundestag?

Wähler müssen wissen, welche Abgeordneten die Belange der Bürger und welche in erster Linie die Interessen einzelner Unternehmen vertreten. Gemeinsam mit dem Online-Netzwerk Campact und anderen fordert Mehr Demokratie eine Veröffentlichungspflicht für die Nebeneinkünfte von Abgeordneten. Die Kampagne beginnt am 15. Februar mit einer Aktion vor dem Bundestag.



Kein Flamenco in Deutschland? Nicht nur in punkto Lebensart kann Deutschland von Spanien etwas lernen. Während die Spanier am 20. Februar als erste über die gemeinsame Europäische Verfassung abstimmen, werben die Flamenco-Tänzerinnen von Mehr Demokratie für ein Referendum in Deutschland.

Mehr Demokratie wächst nach Europa.

Mit „Democracy International“ ruft Mehr Demokratie ein europaweites Demokratie-Netzwerk ins Leben. Die ersten Projekte: Eine Kampagne zur Einführung der europäischen Volksinitiative und ein Aufruf für einen neuen Verfassungskonvent zur Zukunft. Zur Koordinierung der Arbeit vor Ort wird ein neues Büro in Brüssel eröffnet. www.democracy-international.org

Volksinitiativen nehmen erste Hürde.

19.404 Unterschriften für die Initiative „Rettet den Volksentscheid“ und 16.349 für „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ reicht Mehr Demokratie gemeinsam mit einem breiten Bündnis am 1. März im Rathaus der Hansestadt ein. Zum Schutz der Volksgesetzgebung vor dem „Reformwillen“ der Landesregierung.



Ohne Demokratie stirbt Europa. Europa leidet an einem akuten Legitimations- und Demokratiedefizit. Bei einem bundesweiten Aktionstag am 7. Mai wirbt Mehr Demokratie für erste Hilfe, für ein Referendum über die Europäische Verfassung und eine bürgernahe EU.

Mehr Demokratie in Zahlen

4.493 Mitglieder und Förderer tragen den Verein.

Zusätzlich unterstützen uns rund **3.100** Menschen mit Spenden

Der Bundesverband hat im Jahr 2005 etwa **338.000** Euro umgesetzt, die Landesverbände in etwa noch einmal denselben Betrag. Das Geld kommt aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und von Stiftungen. Staatliche Gelder bekommen wir nicht.

21 freie Mitarbeiter organisieren die Aktionen und Kampagnen in unseren Büros in Bremen, Berlin, Hamburg, Köln, München, Stuttgart und Brüssel. Sie werden unterstützt von vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern und Praktikanten.





Bundestag entsorgt Bürgerbeteiligung.

Am 12. Mai stimmen 594 Bundestagsabgeordnete über die Europäische Verfassung ab – stellvertretend für 80 Millionen Deutsche. Mit einer Protestaktion begleitet Mehr Demokratie die parlamentarische Ratifikation der Verfassung. 21.000 Stimmen für ein Referendum wandern symbolisch in einen blauen Altpapiercontainer, „fachgerecht entsorgt“ von Mitgliedern des Vereins, die Masken mit den Gesichtern von Gerhard Schröder, Joschka Fischer, Angela Merkel und Edmund Stoiber tragen.

Wie demokratisch ist Europa? Was bringt die Europäische Verfassung den Bürgern? Diese Fragen stehen im Zentrum einer Studie, die Mehr Demokratie im Mai der Öffentlichkeit präsentiert. Mehr unter: www.mehr-demokratie.de/eu-kritik

Die Verfassung ist tot – es lebe die Verfassung. Frankreich sagt „Non“, die Niederlande „Nee“. Nach dem Scheitern der Europäischen Verfassung bei den Volksabstimmungen in unseren Nachbarländern wirbt Mehr Demokratie in einem Aufruf für einen Neubeginn: Ein direkt gewählter Konvent soll einen neuen Verfassungsvertrag ausarbeiten – unter direkter Beteiligung der Bürger in ganz Europa.



Stimmen für ein Referendum. Mehr als 21.000 Menschen unterstützen die Forderung von Mehr Demokratie nach einer Volksabstimmung über die Europäische Verfassung. Die Unterschriften werden den Abgeordneten des Bundestags übergeben.



Lasst den Lobbyisten die Luft raus. SPD und Grüne wollen eine Veröffentlichungspflicht für Nebeneinkünfte von Abgeordneten einführen, die Opposition zögert. Mit einer Aktion vor dem Bundestag machen Campact, BUND, Attac und Mehr Demokratie erneut Druck: Ein sechs Meter hoher, aufblasbarer „Lobbyist“ sinkt in sich zusammen. Am 30. Juni beschließt der Bundestag das Gesetz.

Vom Schlusslicht zum Spitzenreiter.

Nach fast vier Jahren harter Arbeit ist es soweit: Als letztes Bundesland führt Berlin Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in den Bezirken der Stadt ein. Nur in Hamburg und Bayern sind die Mitbestimmungsrechte noch bürgerfreundlicher.



Der virtuelle Wahlkreis. Mit Angela Merkel am virtuellen Küchentisch über die Erhöhung der Mehrwertsteuer streiten? Bei der Bundestagswahl können sich die Bürger erstmals direkt in den Wahlkampf einmischen und mit den Kandidaten der Parteien diskutieren – auf der Internetplattform Kandidatenwatch. Das Wahl-Portal von Mehr Demokratie nutzen mehr als 200.000 Menschen.



Geld her und Mund halten? Spanien, Frankreich, Niederlande, Luxemburg – die Bürger in unseren Nachbarländern reden wie selbstverständlich mit, wenn es um Europa geht. Gilt in Deutschland die Devise „Geld her, Mund halten“? – so lautet die provokative Unterschriftenaktion.

Wahlprüfstein. Wie viel Bürgerbeteiligung wollen die Parteien? Beim Demokratie-Ranking landen Linkspartei und Grüne auf den ersten Plätzen. Auch FDP und SPD bekommen gute Noten. Nur die Union sieht keinen Reformbedarf. Bewertet wurden die Wahlprogramme der Parteien und das Abstimmungsverhalten im Bundestag.

Schaffe, schaffe, ... Sie können alles, außer mitentscheiden. Aber das soll jetzt anders werden. Im Bündnis mit mehr als 20 Organisationen startet Mehr Demokratie in Baden-Württemberg am 24. September ein Volksbegehren, um Bürgerbegehren und Bürgerentscheide nach bayerischem Vorbild zu reformieren. www.buergerentscheid-bw.de



„Sie haben uns zu unserem Glück gezwungen.“ Am 1. Oktober 1995 konnte Mehr Demokratie den ersten großen Erfolg feiern: Gegen den Widerstand der CSU wurde per Volksentscheid die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in den bayerischen Kommunen durchgesetzt. Beim Festakt „Zehn Jahre Bürgerentscheid“ sagt Bayerns Innenminister Günter Beckstein: Das Instrument hat sich bewährt.



Prüfauftrag Volksabstimmung. Bisher haben CDU und CSU jeden Vorstoß zur Einführung bundesweiter Volksabstimmungen verhindert. Durch beharrliche Arbeit vor und hinter den Kulissen gelingt Mehr Demokratie nach der Bundestagswahl ein kleiner, aber vielleicht entscheidender Erfolg. Im Koalitionsvertrag einigen sich SPD und Union: „Die Einführung von Elementen der direkten Demokratie werden wir prüfen.“

Knapp verfehlt. 4.567 Mitglieder bis zum Jahresende – das war unser Ziel. Wir haben es nicht ganz erreicht. Es sind „nur“ 4.493 geworden. Dennoch: Im Vergleich zum Stand Ende Oktober 2004 (3.701 Mitglieder) haben wir enorm zugelegt und innerhalb von 14 Monaten rund 800 Neumitglieder gewonnen. Allen, die neu bei Mehr Demokratie sind, ein herzliches Willkommen!

Aus den Landesverbänden

Baden-Württemberg

Am 24. Februar legt das Bündnis „Mehr Demokratie in Baden-Württemberg“ einen Gesetzentwurf für faire Bürgerbegehren und Bürgerentscheide vor.

Mit einer Postkartenaktion fordert der Landesverband Ministerpräsident Günther Oettinger zur Reform der Bürgerbeteiligung auf.

Am 11. Juli legt der Landesverband den Jahresbericht 2004 vor: In den 1.111 Städten und Gemeinden gab es gerade einmal 6 Bürgerbegehren und 4 Bürgerentscheide – Bürgerbeteiligung fast unter der Nachweisgrenze.

Am 24. September startet die Unterschriftensammlung für den Zulassungsantrag eines Volksbegehrens zur Reform der kommunalen Direktdemokratie.

BayernBayern

Pünktlich zum Jubiläum legt Mehr Demokratie eine Bilanz vor: In 10 Jahren fanden 835 Bürgerentscheide und 1371 Bürgerbegehren statt. Auf der Jubiläumsfeier verspricht Innenminister Günther Beckstein die Absenkung der Hürden. Mehr Demokratie konnte ihn überzeugen.

Das von Mehr Demokratie mit Partnern gegründete „Bündnis für mehr Transparenz“ arbeitet einen Gesetzentwurf für Informationsfreiheit aus: Die Bürger sollen hinter die Aktendeckel schauen können.

Der Landesverband organisiert Schulstunden zum Thema Bürgerbegehren und Bürgerentscheid.

Berlin-Brandenburg

Auf Initiative von Mehr Demokratie beschließt das Abgeordnetenhaus am 16. Juni die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in den Bezirken. Bis zum Jahresende starten sieben Bürgerbegehren.

Mit dem „Leitfaden zur Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden“ liefert der Landesverband die Gebrauchsanweisung zum neuen Bürgerbeteiligungsgesetz und berät die ersten Initiativen.

Mit einer Postkartenaktion wirbt der Landesverband für weitere Reformen auf Landesebene.

Durch intensive Pressearbeit und den Aufbau einer neuen Homepage wird Mehr Demokratie zu einem gefragten Ansprechpartner der Medien.

Bremen-Niedersachsen

In Bremen hat Mehr Demokratie einen Gesetzentwurf für ein besseres Wahlrecht vorgelegt, das im Wahlrechtsausschuss des Landtags und auf mehreren Veranstaltungen diskutiert wurde. Im kommenden Jahr startet dazu ein Volksbegehren.

In Niedersachsen organisiert der Landesverband eine Bürgerbegehrensberatung, beobachtet und bewertet laufende Initiativen.

Hamburg

Am 26. Mai wird die Internetseite Abgeordnetenwatch für den Grimme Online Award nominiert. Im November wird die Online-Plattform auch auf die Hamburger Bezirke ausgeweitet, am 8.12. wird sie ein Jahr alt.

Am 1. März werden die Volksinitiativen „Hamburg rettet den Volksentscheid“ und „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ zusammen mit den erforderlichen Unterstützungsunterschriften eingereicht.

In der Öffentlichkeit kämpft Mehr Demokratie gegen die geplante Einschränkung des neuen Hamburger Wahlrechts.

Seit Ende November findet in der Hansestadt eine 90-tägige Info-Bustour statt.

Hessen

Der Landesverband ist maßgeblich an der Initiative „Hessen neu verfasst“ beteiligt. Am 20. Dezember überreichte sie dem Landtag eine Petition für faire Volks- und Bürgerbegehren zusammen mit 2.536 Unterschriften.

Mit dem Angebot, Unterrichtsstunden zu Demokratiethemata zu organisieren, wird Mehr Demokratie auch an hessischen Schulen aktiv.

Der Landesverband organisiert regelmäßig Aktionstage.

